



### Anfrage

Vorlage-Nr:	<b>24/AFR/1702</b>
Status:	öffentlich
Einreicher/-in:	Robert Lange, Fraktion CDU
Datum:	04.04.2024
<b>Verbeamtung von Beschäftigten des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungswesen</b>	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
09.04.2024	Dezernentenberatung
11.04.2024	Stadtverordnetenversammlung

### Anfrage:

Mit dem Beschluss zur Vorlage 20/SVV/0546 – Wandlung von Tarifstellen im Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungswesen (Amt 37), in der Abteilung Technik / Einsatz sowie in der Regionalleitstelle Oderland, in Planstellen (Beamtenstellen) – und dem Beschluss zur Haushaltssatzung 2021 hat die Stadtverordnetenversammlung die Voraussetzungen für die Verbeamtung der betroffenen Beschäftigten insbesondere im feuerwehrtechnischen Dienst geschaffen. Ein entsprechender Antrag auf Verbeamtung war bis zum 31.12.2021 zu stellen. In der Antwort auf die im HO am 27.03.2023, d.h. vor mehr als einem Jahr, diesbezüglich gestellte Anfrage wurde geantwortet, es sei noch keiner der gestellten Anträge auf Verbeamtung beschieden worden. Es sei beabsichtigt, bis Ende 2023 sämtliche noch offenen 25 Anträge einer Entscheidung zuzuführen.

Ausgehend davon frage ich den Oberbürgermeister:

1. Wie viele Anträge auf Verbeamtung wurden mittlerweile (positiv/negativ) beschieden?
2. Soweit noch nicht sämtliche Anträge beschieden wurden:
  - a. Bis wann wird, nachdem mittlerweile eine 27-monatige Bearbeitungsdauer zu verzeichnen ist, die Prüfung der persönlichen und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen hinsichtlich sämtlicher Anträge abgeschlossen sein und wann ist mit einer Verbeamtung bei positivem Prüfergebnis zu rechnen?
  - b. Weshalb wurde die Bearbeitung nicht, wie angekündigt, bis zum 31.12.2023 abgeschlossen?
  - c. Haben einzelne Beschäftigte hinsichtlich der unbeschiedenen Anträge bereits eine Untätigkeitsklage zum Verwaltungsgericht erhoben?

- d. Wird davon ausgegangen, dass die fehlende Bearbeitung der Anträge bezogen auf die berufliche Tätigkeit möglicherweise eine motivationsdämpfende Wirkung auf die betroffenen Beschäftigten haben könnte?
3. Wie viele derjenigen, die bis zum 31.12.2021 einen Antrag auf Verbeamtung gestellt haben, haben mittlerweile die Stadtverwaltung verlassen? Wie wurde das Beschäftigungsverhältnis beendet (Kündigung der Beschäftigten, Aufhebungsvertrag oder sonstige Gründe)? Es wird eine tabellarische Aufstellung erbeten, in der das Jahr des Endes des Beschäftigungsverhältnisses und der Grund der Beendigung aufgelistet werden.
4. Liegen aktuell weitere Kündigungen von Beschäftigten, die bis zum 31.12.2021 einen Antrag auf Verbeamtung gestellt haben, vor?
5. Wie viele der Stellen, die im Rahmen der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2021 aufgrund des Beschlusses zur Vorlage 20/SVV/0546 in Planstellen (Beamtenstellen) gewandelt wurden, sind gegenwärtig besetzt? Wie viele dieser Stellen waren zum 31.12.2021 besetzt?

Ich bitte um mündliche und schriftliche Antwort.

**Anlagen: keine**

**Diese Anfrage wird:**

	direkt beantwortet von	
	schriftlich beantwortet	
	zurückgezogen	